

WIGEN RUHM
VORSITZEND

INTERNATIONAL

6 DEMOKRATIE IN DER KRISE

BRD

8 REALLÖHNE SINKEN

FRAUEN

10 LEERE VERSPRECHEN FÜR
HAUSHALTSHILFEN

BERLIN

12 CORONA IN CLUB UND
GASTRO – SCHIKANEN UND
KÜNDIGUNGEN

HAMBURG

14 FÖRDERUNG VON
LANGZEITARBEITSLSEN?

BREMEN

16 MASSENENTLASSUNGEN &
AUSBEUTUNG BEI AMAZON

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 VERSAMMLUNGSGESETZ
VERABSCHIEDET

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 KRIMINALISIERUNG VON
SCHWARZFAHREERN

KULTUR

22 „BITCHES BRAUCHEN
RAP“?

INHALT

- | | | |
|-----------|----------------------------|--|
| 4 | BILD DES MONATS | SOL ROJO: FEIERLICHKEIT AM 26.12. |
| 6 | INTERNATIONAL | DEMOKRATIE IN DER KRISE |
| 8 | BRD | REALLÖHNE SINKEN |
| 10 | FRAUEN | GUTSCHEINE FÜR HAUSHALTSHILFEN –
WIEDER LEERE VERSPRECHEN FÜR
ARBEITERINNEN |
| 12 | BERLIN | CORONA IN CLUB UND GASTRO –
SCHIKANEN UND KÜNDIGUNGEN |
| 14 | HAMBURG | FÖRDERUNG VON LANGZEITARBEITSLLOSEN
ODER AUGENWISCHEREI? |
| 16 | BREMEN | MASSENENTLASSUNGEN UND AUSBEUTUNG
BEI AMAZON – STIMMEN AUS DEM WERK |
| 18 | NORDRHEIN-WESTFALEN | LANDESREGIERUNG VERABSCHIEDET
VERSAMMLUNGSGESETZ |
| 20 | BADEN-WÜRTTEMBERG | WIE SCHWARZFAHRER ZU KRIMINELLEN
GEMACHT WERDEN |
| 22 | KULTUR | „BITCHES BRAUCHEN RAP“? |

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

für uns ist das dritte Jahr in Folge angebrochen, in dem der deutsche Staat seinen Ausnahmezustand, weiterhin begründet mit der Pandemie, gegen das Volk aufrecht hält. Das Volk wird sich den Maßnahmen gegen die Freiheit niemals beugen, es wird dagegen kämpfen, und entsprechend ist es auch die Pflicht der Kommunisten, weiterhin den Kampf gegen den Ausnahmezustand zu führen.

Weltweit schreiten die Kommunisten in ihrem Kampf darum, sich weiter zu vereinen, voran. Ein Meilenstein dafür ist die Vorbereitung der Vereinten Internationalen Maoistischen Konferenz (VIMK), aus der die Neue Internationale Organisation der Arbeiterklasse sich erheben wird. Als Diskussionsbasis für die VIMK wurde Anfang Januar auf der Website *Communist International (ci-ic.org)* vom Koordinationskomitee der Konferenz ein Vorschlag für die allgemeine politische Linie der Internationalen Kommunistischen Bewegung veröffentlicht.

Der Maßstab für die Kommunisten auf der Welt – und so auch hier in Deutschland – sind die Kommunistischen Parteien auf der Welt, die den Volkskrieg führen – in Peru, Indien, der Türkei und den Philippinen. Darum müssen wir uns tiefer und enger mit den breitesten Schichten des Volkes verbinden und ein Teil der Millionen an Menschen sein, die Tag für Tag von diesem System ausgebeutet und unterdrückt werden und darum nichts zu verlieren haben. Wir wissen, wie vielfältig die Menschen der Arbeiterklasse und des Volkes sind. Es ist unsere Aufgabe in der Roten Post, all ihre Probleme und Kämpfe aufzugreifen und ihnen in unserer Zeitung eine Stimme zu geben. Der Paketbote aus Rumänien, der jeden Tag aufs Neue zwölf bis 13 Stunden rausfährt, um seinen Kindern, die mit ihm im Wagen oder in einer schäbigen Unterkunft leben müssen, eine warme Mahlzeit ermöglichen zu können, die Krankenpflegerin mit einer 60-Stunden-Woche, die seit Ewigkeiten unter der Last des maroden Gesundheitssystems zu leiden hat und auf die nun Zwang ausgeübt wird, sich impfen zu lassen, die über Fremdfirmen beschäftigten Bauarbeiter im Hauptbahnhof, für die der gesetzliche Mindestlohn nie tatsächlich Geltung hatte und die für eine Stunde Knochenarbeit z.T. einen einzigen Euro bekommen, und die alleinerziehende Mutter aus Westafrika, der man entgegen dem Gesetz die Einbürgerung in die BRD verweigert – wir müssen ihren Schreien gegen ihre Ausbeutung Widerhall geben und ihr gemeinsames Interesse hervorheben.

In den letzten Wochen haben Zehntausende, die auf die Straße gegangen sind, Erfahrungen mit dem Staat gemacht, die sie nicht mehr vergessen werden – prügelnde Polizisten, öffentliche Denunziationen, Repression wegen Teilnahme an Demonstrationen. Dazu hat die neue Regierung mit dem Paten Olaf Scholz an der Spitze bereits mit dem Koalitionsvertrag angekündigt, die Angriffe auf unsere Klasse zu intensivieren – sei es unsere Arbeit, unsere Rechte und Freiheiten oder unsere Versorgung im Gesundheitssystem. Nicht zu vernachlässigen sind die rasant steigenden Preise; die Bourgeoisie ist, wie wir im BRD-Artikel zeigen, drauf und dran, diesen Anstieg noch länger laufen zu lassen, um einen Teil der Verluste durch ihre Krise zu kompensieren. In diesem Sinne wächst der Kampf unserer Klasse um Tagesforderungen stetig, weshalb es unsere Aufgabe in der Roten Post ist, mehr über den Kampf an den Arbeitsplätzen zu berichten. Wir müssen die Kollegen sprechen lassen, die, weil sie der Firma zu teuer sind, in Kurzarbeit geschickt werden, die, denen Entlassungen bevorstehen, die, die von Jahr zu Jahr mehr Leistung bringen müssen, ohne dass dafür etwas Zählbares herauspringt. Die seit Jahren anhaltende Überproduktionskrise trifft alle Teile unserer Klasse, und das geschieht alles mit Zustimmung der gelben Gewerkschaften. Hier muss der Kampf geführt werden.

Das neue Jahr wird auch neuen Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus bringen, die weiter versuchen werden, den Kampf für die Rekonstitution der Kommunistischen Partei in diesem Land auf Abwege zu bringen. Dabei werden sie immer wieder versuchen, alten Wein in neue Schläuche zu füllen, indem sie auf der antimarxistischen These beharren, die Partei müsse von unten und nicht von oben aufgebaut werden. Aber die Kommunisten, die Vorhut des Proletariats in diesem Land, haben die Fahne erhoben und werden sie niemals senken, bis wir den Kommunismus erreicht haben.



Am 26. Dezember führten die mexikanischen Revolutionäre der Volksströmung Rote Sonne (Sol Rojo) eine bedeutende Veranstaltung durch, in der der 128. Jahrestag der Geburt des Vorsitzenden Mao und das Jubiläum von Sol Rojo - fünf Jahre öffentliche Arbeit und 14 Jahre politische Arbeit unter den ländlichen Gemeinden und den tiefsten und breitesten Massen des Volkes. Wie zu sehen, wurde bei der Veranstaltung auch der Vorsitzende Gonzalo, der vergangenes Jahr sein Leben für die Revolution gegeben hat, geehrt.

Quelle: Sol Rojista



DEMOCRATIA EN BOLIVIA



PRESIDENTE
GONZALO

Las masas nos dan todo, desde los mendrugos de pan que se quitan de la boca hasta su preciosa sangre que sale junto a la de los combatientes y los militantes regando el camino de la Guerra Popular por el Nuevo Poder.



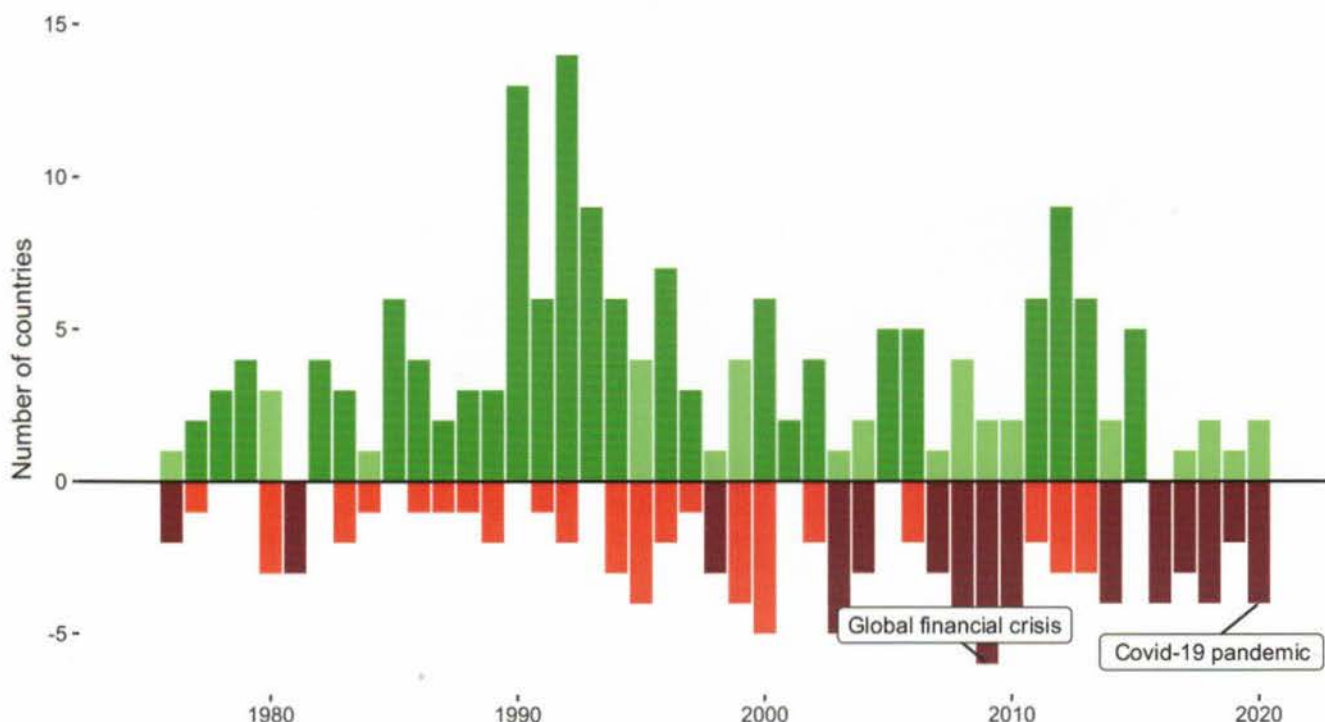
DEMOKRATIE IN DER KRISE

Die Demokratie blickt auf eine lange Geschichte zurück. Im alten Griechenland zum ersten Mal als Regierungsform der Sklavenhalterklasse eingeführt, nahm sie auf ihrem Weg zur bürgerlichen Demokratie, wie wir sie heute kennen, einen großen Wandel. Mit jeder neuen Gesellschaft nahm auch die Demokratie stets neue Formen an. So legte die Klasse, die herrschte, die Demokratie, wo es sie gab, immer zu ihren eigenen Gunsten aus – so auch die Bourgeoisie, die heute auf der Welt die herrschende Klasse ist. Sie erzählt uns, dass wir die Macht in ihrem Staat ausüben, indem wir zur Wahl gehen. Neben einigen weiteren Abstimmungsmöglichkeiten zu unterschiedlichen Fragen und dem Teilnahmerecht an Bezirksversammlungen etc., in denen unsere Stimme meistens ignoriert wird, ist das dann auch das einzige, womit sie uns weis machen wollen, dass wir der „Souverän“ sind. Dennoch bleibt Unterdrückung, bleiben Klassen, bleibt oben und unten bestehen. Denn Demokratie ist in der Klassengesellschaft nicht das, was es aus dem Griechischen übersetzt bedeutet, nämlich „Volksherrschaft“, sondern weiterhin lediglich eine Form, wie unsere Ausbeuter regieren. Unsere größte „Freiheit“ ist es, bei den Wahlen abzustimmen,

welche ihrer Vertreter uns im Parlament ver- und zertreten. „Wirkliche“ Demokratie, die dem Begriff tatsächlich gerecht wird, kann es nur geben, wenn sie von der Arbeiterklasse und dem Volk und nicht von den Unterdrückern organisiert wird. Insofern ist die bürgerliche Demokratie, die eine Demokratie der Ausbeuter ist, auf Dauer nicht überlebensfähig und nur so lange wirklich wirksam, wie ihr Vertrauen geschenkt wird. Jetzt, wo die Krise herrscht, verschlechtert sich die Situation von Vielen, und entsprechend gehen Vielen immer mehr die Augen auf. Die weltweit rasch sinkende Wahlbeteiligung ist nicht das einzige, aber ein sehr markantes Zeichen dafür.

Zugleich findet die Bourgeoisie immer weniger Wege, unsere Kämpfe im Parlament zu repräsentieren. Stattdessen erweckt das neue Parlament eher den Eindruck eines „Einheits-Bundestages“, in dem die z.B. CDU, die jetzt die „Opposition“ anführt, mehr oder weniger Spalier steht für die Pläne der Ampel-Koalition. Denn von Regierung zu Regierung wird der Staat der Ausbeuter so ausgebaut, dass er uns noch besser und stärker unterdrücken kann, und dafür brauchen sie unter

Number of countries moving in an authoritarian direction or a democratic direction



Zahl der Länder, die sich in eine „demokratische“ (grün) oder „autoritäre“ (rot) Richtung entwickeln

anderem Stabilität anstelle von intensiven Debatten im Parlament. Entsprechend verliert das Parlament auch immer mehr an Bedeutung – die *Gewaltenteilung*, immer als ein Grundpfeiler bürgerlicher Demokratie bezeichnet, wird beschränkt (Parlament und Gericht verlieren gegenüber der ausführenden Gewalt an Macht) – und die bürgerliche Demokratie gerät in die Krise. Dass dieser Prozess besonders stark in Krisen stattfindet, unterstreicht eine neue bürgerliche Studie – *„Der globale Zustand der Demokratie 2021 – Aufbau von Widerstandsfähigkeit in einer pandemischen Ära“* vom *„International Institute for Democracy and Electoral Assistance“*. Sie zeigt, dass in der Finanzkrise von 2008 und mit der 2020 einsetzenden „Corona-Krise“ besonders viele Länder sich in eine „autoritäre Richtung“ und besonders wenige in eine „demokratische Richtung“ bewegen (siehe Grafik). „Autoritär“ ist ein an sich falscher Begriff, der von der Bourgeoisie genutzt wird, um faschistisch regierte und sozialistische Länder, weil letztere angeblich auch keine Demokratie besitzen würden, in einen Topf zu werfen, um den Sozialismus durch Lügen zu bekämpfen. Heute, wo es auf der Welt kein sozialistisches Land gibt, stellt die Statistik jedoch einigermaßen korrekt dar, wie die bürgerliche Demokratie in vielen Ländern immer weniger dem eigentlichen Ideal entspricht. Eben, weil der Staat besonders in der Krise seine Unterdrückung des Volks, in dem es brodelte, ausbauen muss.

Ausgehend von diesem Punkt, ergibt sich für die Bourgeoisie also Bedarf zum Handeln. Ein Beispiel dafür ist der vom Yankee-Imperialismus veranstaltete sogenannte „Gipfel für Demokratie“ Anfang Dezember 2021. US-Präsident Joe Biden rief zum Gipfel auf, da er eine zunehmende Gefahr durch „autoritäre Systeme“ sehe, die auf dem Vormarsch seien. Dieser Gipfel ist das Eingeständnis eines Teils der Bourgeoisie selbst, dass sich die Demokratie in der Krise befindet. Denn nicht die „autoritären Staaten“ sind der Grund, sondern, wie gezeigt, Ausdruck der Krise.

Die Studie untersuchte außerdem die „meisten Verletzungen der Demokratie“ während der Pandemie bis letzten September. Platz 1 teilen sich Algerien, nach ihnen ein „autoritär“, und Indien, nach ihnen ein „demokratisch“ regiertes Land und laut vielen Stimmen die „größte Demokratie der Welt“. Dass Indien ein demokratisch regiertes Land sein soll, ist allerdings auch ein schlechter Witz, wie sich

immer wieder zeigt bei der skrupellosen Bekämpfung der Volkskämpfe und des Volkskriegs, geführt von der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch).

Was dann als Kampf zweier Systeme dargestellt wird, sind in Wahrheit nur zwei Seiten der selben Medaille. Auf der einen Seite ist die bürgerliche Demokratie, auf der anderen Seite der Faschismus. Doch ob ein Staat bürgerlich-demokratisch oder faschistisch regiert wird, entscheidet nicht darüber, welche Klasse an der Macht ist. Die Geschichte Deutschlands ist selber ein passendes Beispiel: Als die Weltwirtschaftskrise Ende der 1920'er großes Leid für das Volk herbeiführte, verschärfte sich die Situation auch in Deutschland. Der Staat der herrschenden Klasse, den sie Weimarer Republik nannten, wurde Anfang der 30'er umgestaltet, und nicht etwa abgeschafft. Es kam kein Hitler alleine, sondern eine ganze Partei des deutschen Faschismus, die von der deutschen Bourgeoisie unterstützt wurde, weil sie nun am besten deren Interessen vertreten konnte. Heute sind wir wieder in einer Wirtschaftskrise; der größten seit dem zweiten Weltkrieg. Die deutsche Bourgeoisie macht nicht die Anzeichen, sehr bald zum Faschismus zu schwenken, aber baut die Unterdrückung (und deren Willkür) in ihrem Staat von Regierung zu Regierung aus. Bemerkenswert ist die Ausrufung des Ausnahmezustands 2020 mit der Beschneidung zahlreicher demokratischer Rechte, und, dass die neue Regierung diesen mit Amtsantritt fest im Gesetz verankert hat, ohne, dass er nun mit einer „epidemischen Notlage“ gerechtfertigt werden muss. Wir sehen, dass den Herrschenden bewusst ist, dass ein einfaches „Weiter so“ nicht mehr möglich ist. Die Unterdrückten überall auf der Welt wollen kein „Weiter so“ und die Unterdrücker können nicht so weiter. Wir stehen nun nicht unmittelbar davor, dass die bürgerliche Demokratie im Allgemeinen durch den Faschismus ersetzt wird, doch wie gezeigt ist diese Tendenz da und sie wird sich weiter verschärfen. ▪

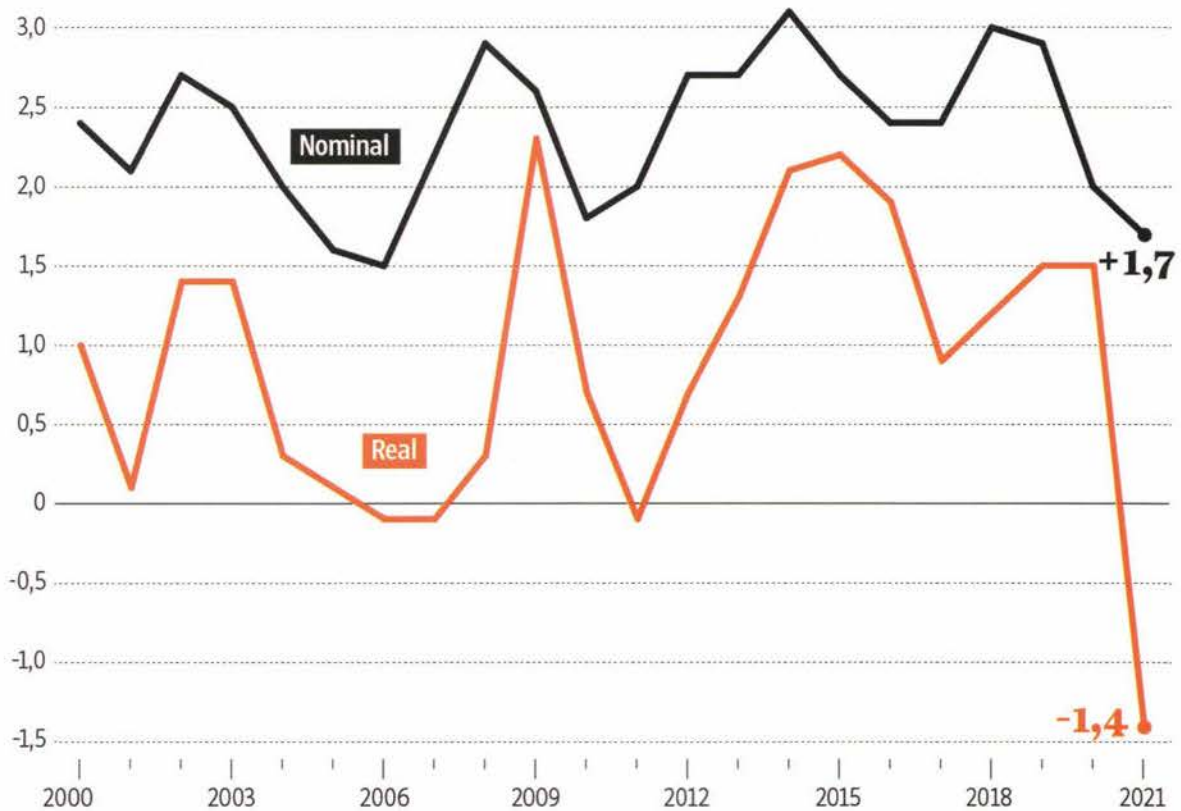
REALLÖHNE SINKEN

Ein anstrengendes Jahr 2021 liegt nun hinter uns. Arbeiten unter Corona-Bedingungen bedeutet mehr Aufwand, mehr Leistung, mehr Zeit. Für viele bedeutet es auch Kurzarbeit und Lohnraub. Nicht wenigen wurde versprochen, für dieses harte Stück Arbeit und nach diesem harten Jahr mit einer Gehaltserhöhung oder einem „Corona-Bonus“ belohnt zu werden. Daraus ist in vielen Fällen nichts geworden. Ein Großteil von uns hat keinen Cent dafür, was er in den letzten knapp zwei Jahren mitgemacht hat, gesehen. Eine Ausrede finden die Chefs immer. Und dabei haben die meisten großen Unternehmen gar nicht mal schlechte Zahlen zu verzeichnen, und die ganz Großen sind natürlich Gewinner dieser Krise. Unsere Bezahlung bleibt jedenfalls trotz allem oft gleich oder steigt unbedeutend. Aber um uns herum? Da verändert sich der Preis von allem, und zwar in eine Richtung: Alles wird teurer! Die einfache Fahrt mit dem Auto rentiert sich nicht mehr, weil der Liter Kraftstoff im Schnitt ungefähr 40 Cent (!) teurer ist als noch vor einem Jahr. Die Heizkosten für diesen Winter übersteigen die vom letzten Jahr so sehr, dass manch einer wieder an seine Reserven rangehen muss. Im Supermarkt heben die Gemüsepreise ab und auch die Packung Nudeln ist hier und da mal eben 30 Cent teurer geworden. Durch die Inflation und die künstliche Verknappung von Waren und Rohstoffen wie Erdöl sind die Preise so weit gestiegen, dass es schon eine ordentliche Lohnerhöhung geben müsste, damit wir uns noch das leisten können, was wir uns vor einem Jahr leisten konnten.

Um dieses Problem darzustellen, hat die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft eine Größe eingeführt, die sie als „Reallohnindex“ bezeichnet. Der beschreibt das Verhältnis der Veränderung des durchschnittlichen Lohns, den wir bekommen, zu der Veränderung des Preisniveaus. Wenn jetzt also Bananen, Autos, Urlaube – was auch immer – teurer werden, während der Lohn gleich bleibt, ist der „Reallohnindex“ im Vergleich zum vorherigen Stand negativ. Das ist in 2021 auch erstmals seit langem für den bundesweiten Schnitt der Tariflöhne passiert. Tarifverträge gibt es meistens in besser bezahlten Arbeitsverhältnissen; ihre Zahl ist seit den 90'er-Jahren rasch zurückgegangen, während der „Niedriglohnsektor“ stark gewachsen ist. Für viele andere Bereiche ist der Reallohn natürlich schon früher, mit Beginn der Krise und des ersten „Lockdowns“

eingebrochen, wonach er sich für die meisten auch wieder „erholte“. Interessant sind aber besonders die Zahlen des dritten Quartals 2021, denn hier betrug die Veränderung des Reallohns im Vergleich zum Vorjahr 0. Weil diesen Sommer und Frühherbst wieder mehr Leute beschäftigt wurden als noch ein Jahr davor, lag der durchschnittliche Lohn um 3,9 Prozent höher, ebenfalls bei 3,9 Prozent aber auch das in die Höhe schießende Preisniveau. Das heißt, das ist der Punkt, an dem es kippt. Die Inflation für Dezember 2021 ist mehr oder weniger bekannt – 5,3 Prozent – große Veränderungen im durchschnittlichen Lohn gab es im letzten Quartal 2021 hingegen nicht. Man kann sich also schon ausmalen, dass der „Reallohnindex“ für das 4. Quartal 2021 deutlich sinken wird, und das ist erst der Anfang, denn die Preise steigen weiter, und Entlassungen und Kurzarbeit werden zunehmen. Sozialleistungen wurden unterdessen völlig unzureichend erhöht; der Hartz-IV-Regelsatz stieg mit dem neuen Jahr um gerade einmal drei Euro auf 449 Euro. Wenn dann der Paprikapreis um 30 Prozent steigt, kann man sich das halt nicht mehr leisten.

Die neue Regierung stellt in dieser Frage früh klar, dass sie bereit ist, zu unterstützen, dass wir ärmer werden. Sie wollen die Lebensmittelpreise nämlich weiter erhöhen. Natürlich geschieht das nicht ohne einen durchdachten Vorwand – angekündigt wurden die Bestrebungen durch den neuen Landwirtschafts- und Ernährungsminister Cem Özdemir von den Grünen, der sich natürlich mit Klimaschutz, dem Wohl der Tiere, der „Unterstützung der kleinen Produzenten“ und sogar „faireren Löhnen“ rechtfertigt. Als wäre es unser Hobby, uns „schlecht zu ernähren“, nur das günstigste zu kaufen! Es ist klar, dass die, die sich sehr wenig leisten können, auch weiterhin das billigste kaufen werden. Aber das weiß Özdemir auch. *„Es darf keine Ramschpreise für Lebensmittel mehr geben.“*, formuliert er seine Forderung, den Verkauf von Lebensmitteln „unter ihrem Produktionspreis“ zu verbieten. Er will also einen staatlichen Eingriff in die Preise und ermöglichen, dass mehr Geld für Dinge ausgegeben wird, als sie eigentlich wert sind! Die Ware, die wegen der anhaltenden Überproduktion unter ihrem Produktionspreis verkauft werden *muss* (falls sie nicht vernichtet wird), weil sie durch das überfüllte Angebot schlicht weniger wert ist, soll einfach für einen höheren Preis verkauft werden.



Entwicklung der Tariflöhne in Deutschland in Prozent

Özdemir will den Produzenten erlauben, uns mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Wir sollen weiter das Billigste kaufen, aber das Billigste ist jetzt einfach ohne Grund teurer. Sogar bürgerliche Sozialwissenschaftler kritisieren Özdemirs Vorhaben, wie z.B. der Armutsforscher Prof. Christoph Butterwegge: „Für Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger wäre es fatal, wenn die Pläne von Özdemir eins zu eins umgesetzt würden, ohne dass eine finanzielle Kompensation für sie erfolgt.“

Für die Arbeiterklasse und das Volk brechen härtere Zeiten an. Wir haben in den letzten Ausgaben in den Artikeln über die Inflation (Nr. 45) und über den Anstieg der Brennstoffpreise (Nr. 46) gezeigt, dass das Probleme des Systems sind, die auf uns abgewälzt werden. Das Problem ist, dass viele von uns den raschen Anstieg der Preise nicht kompensieren können, denn die herrschende Klasse verschärft unsere Ausbeutung während ihrer Wirtschaftskrise. Da gibt es wenig Lohnerhöhungen, stattdessen Kurzarbeit und Entlassungen im großen Maße, denn das ist, was uns noch bevorsteht. Ihre Wirtschaftskrise ist eine Überproduktionskrise, die entsteht, weil mehr hergestellt wird, als gekauft werden kann. Lebensmittel werden verbrannt, Neuwagen stehen zu Tausend auf Abstell-

plätzen im Nichts rum, weil die Imperialisten mit ihnen kein Profit mehr machen können. Ihre Lösung für dieses selbstgemachte Problem ist immer in erster Linie, die „überflüssigen“ Arbeitskräfte nicht mehr arbeiten zu lassen und zeitgleich den Grad der Ausbeutung zu erhöhen. Wenn man beim Beispiel des fallenden „Reallohnindex“ bleibt – auch wenn diese bürgerliche Kategorie nicht alles korrekt wiedergibt und z.B. auch bestimmte wachsende Einkünfte von Bonzen enthalten kann, was den Punkt natürlich verfälscht – sehen wir, dass unser Reallohn mit Ausbruch der Krise angefangen hat, zu fallen. Und die Preise werden weiter steigen, eine entsprechende Erhöhung der Löhne wird es fast überall nicht geben; stattdessen bereiten sich die Chefs mit der Kurzarbeit darauf vor, Entlassungen im größeren Maße durchzuführen. Alles in allem ist offensichtlich, dass wir uns in den nächsten Jahren von unserem Einkommen weniger leisten können und mehr Menschen darauf angewiesen sein werden, jeden Cent umzudrehen; das Volk wird ärmer. Es ist Ausdruck der Krankheit dieses Systems – weil es zu viel gibt, haben Viele zu wenig. Aber damit ist es auch ein Beweis, dass dieses System am Sterben ist und wir in der Lage sind, es mit geeinter Kraft zu zerstören! •

GUTSCHEINE FÜR HAUSHALTSHILFEN – WIEDER LEERE VERSPRECHEN FÜR ARBEITERINNEN

In der Branche der Haushaltshilfen, eine Arbeit, die vor allem von Frauen verrichtet wird, ist Schwarzarbeit vorherrschend. Laut einer OECD-Studie sind schätzungsweise 75 Prozent der Arbeiter, die in diesem Bereich arbeiten, nicht angemeldet. Der neue Bundesarbeitsminister Hubertus Heil ist nun auf die Idee gekommen, dass man dieses Ausmaß an Schwarzarbeit, unter der vor allem die Frauen zu leiden haben, die auf diese Weise ihren Lebensunterhalt verdienen, etwas eindämmen sollte. Dafür will die Bundesregierung ab 2023 Gutscheine an diejenigen austeilen, die die Haushaltshilfen bei sich anstellen. Der Staat soll 40 Prozent der Kosten einer Haushaltshilfe übernehmen. Der Bundesarbeitsminister ist der Meinung, dass dadurch die Schwarzarbeit unterbunden werde und mehr Menschen „ihre Haushaltshilfen“ bei den Behörden anmelden würden. Die „Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen“ ist im neuen Koalitionsvertrag von SPD, FDP und Grüne verabschiedet. Dabei sollen zunächst Familien, Alleinerziehende

und pflegende Angehörige berücksichtigt werden. Erst in den Folgejahren soll diese Regelung Stück für Stück auf andere Haushalte erweitert werden.

Der Bedarf an Haushaltshilfen ist groß, besonders ältere Menschen mit kleiner Rente, die alleinstehend sind, sind auf die Hilfe von anderen angewiesen. Diese werden von der neuen Regelung zunächst komplett außen vor gelassen. Allzu häufig haben sie keinen Pflegegrad erreicht, um durch einen Pflegedienst betreut zu werden, sind aber dennoch einfach schlecht zu Fuß und benötigen Hilfe beim Einkauf oder im Haushalt. Die Corona-Maßnahmen haben die Vereinsamung der Menschen noch verschärft. In den Arbeitervierteln wird das im besten Fall durch die Solidarität in der Nachbarschaft geregelt, natürlich schwarz.

Die Gutscheine hätten laut Heil zwei positive Folgen: Zum einen entlaste das „Menschen im Alltag, die stark gefordert sind“, sagte er. Zum anderen „sorgen

Haushaltshilfen in Privathaushalten in Deutschland nach Art der Beschäftigung



wir dafür, dass wir Haushaltshilfen aus der Schwarzarbeit holen“. Er ist also der Überzeugung, dass dadurch mehr Menschen eine Haushaltshilfe offiziell anmelden und mehr Menschen eine Haushaltshilfe anstellen, zu 60 Prozent selbst finanziert. Diese Gutscheine ändern jedoch nichts daran, dass viele Menschen zwar auf eine Haushaltshilfe angewiesen wären, sich aber schlicht keine leisten können. Wenn du eine kleine Rente bekommst und nichts am Ende des Monats übrig hast, sind selbstverständlich auch 60 Prozent der Kosten zu viel. Diese Regelung ist also dafür da, diejenigen, die sich sowie eine Haushaltshilfe leisten können, ein bisschen zu entlasten. Verändern wird sich dadurch am Alltag der Älteren unserer Klasse nichts. Die Leute, die sich ihr ganzes Leben lang den Rücken bei der Arbeit kaputt gemacht haben, quälen sich jeden Tag weiter zum Supermarkt, und schleppen die Taschen die Treppen hoch, weil der Fahrstuhl mal wieder defekt ist, um etwas zu Essen im Haus zu haben.

Zwei Drittel der im Haushalt Angestellten sind laut Minijobzentrale Frauen über 50 Jahre. Die meisten werden jedoch gar nicht erst von der Statistik der Minijobzentrale erfasst, weil ihre Tätigkeit nicht angemeldet ist. Das bedeutet für die Frauen, sie haben keinerlei Arbeitsrechte, sind nicht durch den Arbeitskäufer versichert oder zahlen in die Rentenkasse ein. Nicht nur stehen die Frauen im Alter vor finanziellen Problemen, auch die Arbeitsbedingungen können miserabel sein. So erhalten die Frauen, auch wenn sie in wohlhabenderen Familien tätig sind, schwarz manchmal nur 6 Euro pro Stunde. Dass die Schwarzarbeit in dieser Branche so verbreitet ist, liegt nicht nur an den Mehrkosten und dem bürokratischen Aufwand für die Arbeitskäufer. Viele Arbeiterinnen wollen nicht unbedingt ein legales Arbeitsverhältnis, weil sie vermeiden wollen, dass der Staat ihre Hartz-IV-Sätze kürzt, oder sie haben keine Arbeitserlaubnis in Deutschland.

In Belgien kann beispielsweise jemand, der eine Haushaltshilfe beschäftigen möchte, Gutscheine für 9 Euro kaufen, für die die Haushaltshilfe dann 22 Euro bekommt. Der Staat legt 13 Euro drauf und trägt dort damit deutlich mehr als die Hälfte der Kosten. An diesem System soll sich auch der Vorschlag Heils orientieren. Es ist aber nicht ersichtlich, wie hier garantiert werden soll, dass die Hilfe bei den Frauen auch tatsächlich ankommt

und nicht der Arbeitskäufer die Zuschüsse einfach behält.

Die Rote Post hat bereits über 24-Stunden-Pflegekräfte berichtet (Ausgabe 43), die auch in erster Linie schwarz arbeiten und den Familien, bei denen sie bleiben, 24 Stunden zur Verfügung stehen müssen. Schlechte Bezahlung, kein Recht auf Urlaubstage und Pausenzeit, kein Arbeitsschutz waren allgegenwärtig. Nicht selten gab es Fälle von Missbrauch der Arbeiterinnen. Bevor nicht eine Arbeiterin gegen ihren absurd niedrigen Arbeitslohn vor Gericht zog, plante die Regierung, nichts an ihrer Pflegepolitik zu verändern. Die Hilfe im Haushalt ist Teil der Tätigkeit der Pflegerinnen. Diese Schattenwirtschaft war dem Staat jedoch bisher nie ein Dorn im Auge, sondern im Gegenteil: integraler Bestandteil der Pflegepolitik. Kaum jemand kann es sich leisten, eine Pflegekraft 24 Stunden am Tag zu bezahlen und viele Pflegeheime bieten eher schlechte Bedingungen für die alten Menschen.

Jetzt soll plötzlich die Schwarzarbeit auf diesem Gebiet bekämpft werden. Dass die neue Regierung sich dadurch höhere Steuereinnahmen erhofft und so an der Ausbeutung der Frauen mit verdienen will, ist nicht unwahrscheinlich. Die neue Regierung tut das jedenfalls nicht aus Nächstenliebe. Auch in der letzten Wahlperiode, in der auch die SPD an der Regierung war, waren die Zahlen zur Schwarzarbeit in der Branche einzusehen. Die bürgerlichen Politiker verfolgen ihr Klasseninteresse, das der Bourgeoisie, das der Ausbeuter und Unterdrücker. Und auch an jetzt sehen wir, dass nett klingende Versprechen gemacht werden, aber sich nichts ernsthaft an der Situation der Haushaltshilfen ändern soll. Dadurch, dass die Frauen nicht gemeinsam, z.B. über eine Agentur vermittelt unterwegs sind, erschwert das den Arbeitskampf und die Organisierung der Arbeiterinnen zusätzlich. Die Arbeit im einzelnen Haushalt, ob bezahlt oder unbezahlt, die meistens an Frauen hängen bleibt, verhindert, dass wir mit anderen Arbeiterinnen in Kontakt kommen und uns organisieren können. •

CORONA IN CLUB UND GASTRO – SCHIKANEN UND KÜNDIGUNGEN



Wir haben mit zwei Leserinnen über die Veränderungen auf ihrer Arbeit, mit dem nicht mal mehr als „Lockdown“ bezeichneten Ausnahmezustand gesprochen.

Seit dem 28. Dezember sind die Clubs in Berlin erneut geschlossen worden, aufgrund der sogenannten „Corona-Krise“. Der vermeintliche Sündenbock scheint gefunden und wurde kurzerhand ausgemerzt: Dort, wo sich Leute nach der Arbeit treffen, um Spaß zu haben, da ist das Virus wohl außergewöhnlich ansteckend. Noch paradoxer scheint diese Entscheidung der Regierung, wenn man bedenkt, dass, seitdem die Clubs im Oktober 2021 wieder aufmachen durften, die 2G-Regelung (genesen, geimpft) durchgesetzt werden musste, seit November sogar die 2GPlus-Regelung (genesen und getestet oder geimpft und getestet). Auch wenn man an anderer Stelle über die Maßnahmen diskutieren kann, Clubs waren für Besucher so gut wie die sichersten Orte in Berlin. Alles nach den Standards der Regierung und Wissenschaft.

Doch dort, wo andere ihre Freizeit verbringen, dort müssen auch Leute arbeiten. In den Medien geht es ständig nur um die Clubbesitzer, wie es ihnen und dem Geschäft geht, „ob sie diese schweren Zeiten überstehen“. Sogar irgendwelche DJ's, die nicht mehr live auflegen dürfen, bekommen mehr Aufmerksamkeit als die Leute, die es in Wahrheit wieder am härtesten trifft. Nämlich die, die hinter der Bar stehen, an der Garderobe oder an der Tür. Denn diese Leute haben seit fast zwei Jahren keinen sicheren Arbeitsplatz und die Arbeitsbedingungen sind, auch wenn es überraschend ist, dass das möglich war, noch schlechter als vor der Pandemie.

Als die Clubs März 2020 das erste Mal geschlossen wurden, kündigte unser Chef allen Minijobbern. Das bedeutet, er hatte nur noch seine Assistenz angestellt, die er auch in Kurzarbeit schickte. Der Laden hatte keine Einnahmen mehr, musste jedoch laufende Kosten wie Miete trotzdem decken. Von der Regierung gab es hier daraufhin Überbrückungshilfen, auch wenn diese nicht ohne Weiteres erhalten wurden. Doch auf meiner fristlosen Kündigung stand geschrieben, dass der Entlassungsgrund das „SARS-CoV-2“ war. Wo blieb meine Unterstützung vom Staat, wo die für meine Kollegen? Wir waren ein junges Kollegium, vorrangig Studenten und Auszubildende, aber auch Leute mit Vollzeitjob gehörten dazu. Mal davon abgesehen, dass man nicht einmal in der Situation sein sollte, neben einer 40-Stunden-Woche in der Uni, Berufsschule oder bei einem anderen Job arbeiten gehen zu müssen, um sich sein Leben leisten zu können; die vorher schon unangemessen niedrige Entlohnung wurde bei der „Wiedereröffnung“ im Jahr 2021 nicht besser. Denn da, wo der Staat angebliche Fangnetze für sozial und ökonomisch schwach aufgestellte Personen hat, sprich z.B. BAföG oder auch Arbeitslosengeld, da fallen Menschen regelmäßig durch das Raster, oft wegen Lappalien wie Bürokratie. Denn die Methoden, nach denen entschieden wird, wer Unterstützung vom Staat benötigt und wer nicht, die funktionieren nicht. Der Stundenlohn der Barkräfte wurde, orientiert am angehobenen Mindestlohn, auf gerade einmal zehn Euro pro Stunde erhöht. Doch

der Freibetrag von 450€ pro Monat blieb. Bezieht man jetzt noch die Inflation mit ein, so kann man unterm Strich weniger Stunden arbeiten und verdient maximal 450€, hat also eine geringere Kaufkraft als im Vorjahr, oder ist gezwungen, auf den „guten Willen“ des Chefs zu vertrauen, wenn er verspricht, die „Überstunden“ schwarz auszuzahlen. Und darüber sollten wir uns auch noch freuen. Heucheleien wie *„Das Team ist wie eine Familie und ich möchte euch einen fairen Lohn zahlen, deshalb bekommt ihr mehr als Mindestlohn“* wurden mit großen Kulleraugen bei der ersten Personalversammlung in diesem Jahr, wohlgermerkt unbezahlte Stunden auf Arbeit, verkündet. Der Chef will sich mit seinen Angestellten auf eine Stufe stellen, denn wir haben ja alle das selbe schwere Schicksal durchgemacht. Nein, das haben wir nicht. Während er sich hinter seiner GmbH versteckt, vor der Privatinsolvenz herausschlingelt und nur mit seinem Geschäftsvermögen hantiert, musste ich in eine kleinere Wohnung ziehen, noch näher am Stadtrand, musste ich beim Lebensmitteleinkauf jeden Cent dreimal umdrehen und um meine Existenz bangen. Andererseits sollte man auch hier nicht vergessen, dass besonders kleine Betriebe unter den willkürlichen Einschränkungsmaßnahmen gelitten haben. In der Hinsicht sollte man sich mit den Besitzern von solchen Läden zusammenschließen. Doch wie beschrieben, es sollte auf keinen Fall in den Hintergrund rücken, wer die sind, die wirklich einstecken mussten, und diese Leute sollten sich in erster Linie verbünden. Denn es hat natürlich auch einen Grund, warum bei Jobs im Club oder in der Gastro besonders viele junge Leute eingestellt werden: Wer nicht so viel Erfahrung hat, der wehrt sich weniger gegen unzumutbare Arbeitszustände. Die Arbeit findet nachts statt, am Wochenende. Es ist körperlich und für den Kopf anstrengend, vor allem, seitdem die Leute nach dem Motto *„und nach mir die Sintflut“* feiern. Wenn sie denn reingekommen sind. Denn wie schon geschrieben, an der Tür müssen entsprechende Gesundheitsnachweise gecheckt werden. Dafür wird natürlich keine extra Person eingestellt oder eingeteilt. Das Türpersonal ist nun dafür zuständig, Impfnachweise, Dokumente vom Arzt, Testergebnisse zu überprüfen und muss sicherstellen, dass die Leute ihre Daten für die Kontaktnachverfolgung da lassen. Natürlich, während sie für Sicherheit an der Tür und im Club sorgen sollen. Das alles gleichzeitig zu gewährleisten ist völlig unmöglich. Aber trotzdem wird es verlangt, mit entsprechenden Abstrichen entweder auf der

einen oder auf der anderen Seite. Als Schichtleitung bekommt man die Anweisung, die Kollegen so schnell wie möglich nach Hause zu schicken, selbst wenn man ihre Unterstützung braucht. Als sich dagegen gestellt wurde, indem die Leute einfach so lange bei der Arbeit gelassen wurden, wie es tatsächlich sinnvoll war, reagierte der Chef und schrieb den Dienstplan so, dass die Schichten von Anfang an unterbesetzt waren. Die Antwort der Angestellten: Sie trugen sich mit Absicht bei potentiell anstrengenden Schichten, also die Nachtschichten am Wochenende, aus dem Dienstplan aus. Denn eine extra Vergütung in Form von Zuschlägen bekommt man nicht, da bleibt die Motivation natürlich niedrig. Nun gibt es keinen Sperrkalender mehr. Jeder wird eingeteilt, wie der Chef es bestimmt. Wer nicht kann, muss sich selbst Ersatz suchen. Bekommt man das nicht hin, so „soll man sich überlegen, ob das Nachtleben wirklich was für einen ist“ und muss trotzdem zur Schicht kommen. Jeder, der sich die Schikanen nicht gefallen lassen will, der ist unerwünscht und wird entlassen. Doch auch schon vor Corona gab es hier unangemessene Erwartungshaltungen, wenn man beispielsweise nach einer Nachtschicht gegen 7 Uhr Morgens Feierabend hat, aber um 13 Uhr wieder hinter der Bar stehen muss, und das nicht nur ausnahmsweise. Arbeitsschutz gehört wohl auch nicht zum coolen „Nachtleben“, denn gesetzlich sind 11 Stunden Pause zwischen den Schichten vorgeschrieben.

Und auch in anderen Betrieben zeichnen sich ähnliche Bilder ab. Eine weitere Leserin, die in einer Fastfood-Kette arbeitet, berichtete, dass sie und ihre Kollegen nun erneut in Kurzarbeit gehen müssen und es Lohnkürzungen von 10 Prozent gibt. Für Angestellte auf 450€-Basis ist das natürlich existenzbedrohend. In einigen Filialen mussten von ungeimpften Mitarbeitern auch selbstständig Tests gekauft werden, da nur zwei pro Woche vom Konzern gestellt wurden. Hinzu kommt ein erhöhtes Konfliktpotenzial mit Kunden wegen nicht getragener Masken. Kunden werden aber auch ausfällig, wenn sie nicht im Laden essen können, weil ihnen entsprechende Nachweise fehlen. Auch hier bekommen die Schichtleiter die Anweisung, immer extrem knapp mit Personal zu kalkulieren. Öfter werden Arbeiter wieder nach Hause geschickt, weil sie an diesem Tag *„nicht gebraucht“* werden. Gebraucht werden sie natürlich, aber ihre Arbeitskraft wird aus Sicht des Konzerns nicht rentabel genug angewendet. •

FÖRDERUNG VON LANGZEITARBEITSLSEN ODER AUGENWISCHEREI?

Die Stadt Hamburg hat nun gemeinsam mit dem Jobcenter Hamburg dafür gesorgt, dass Langzeitarbeitslose subventionierte Jobs bekommen. Wer mehr als zwölf Monate lang keinen Job hatte, gilt als langzeitarbeitslos. Die Zahl dieser ist in Hamburg in den letzten zwei Jahren sehr stark angestiegen. Kein Wunder, wenn Viele seit Beginn der Pandemie ihre Jobs verloren haben und es immer schwieriger wird, einen neuen Job zu finden. Laut Berichten der Staatsmedien vom Norddeutschen Rundfunk (NDR) sind die Zahlen der Arbeitslosen ab Anfang/Mitte 2020, also ab Beginn der Pandemie, in allen Norddeutschen Bundesländern, so wie insgesamt in der BRD in die Höhe geschneit. Durch die von der Stadt geförderten Jobs soll laut Sozialbehörde eine Perspektive für die Menschen geschaffen werden. Das heißt, die Langzeitarbeitslosen bekommen weiter Geld vom Staat und die einzelnen Unternehmen profitieren von ihrer Arbeitskraft. Allerdings soll dieses Angebot erst einmal nur für 112 von insgesamt 26.000 Langzeitarbeitslosen in Hamburg gelten.

Bis Ende kommenden Jahres will die Sozialbehörde fast zwei Millionen Euro in die Förderung der Stellen stecken. Es werden die Einrichtungen befördert, die dringend Mitarbeiter brauchen. Sozialsenatorin Melanie Leonhard (SPD) scheint sehr stolz darauf, dass ihre Behörde lieber in Arbeit investiert, als in andere Förderungsmaßnahmen der Menschen. Wenn man das hört, erscheint es besonders zynisch, dass diese „Investition“ bei höchstens 112 von 26.000 Personen ankommt. Der Vorstoß ist nichts anderes als ein Tropfen auf dem heißen Stein, insbesondere, wenn man bedenkt, dass Hamburg stärker als andere Bundesländer von der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen ist.

Die Leute werden dann tätig in einer Einrichtung wie dem Sozialkaufhaus, dem Nachbarschaftstreff in Billstedt und anderen sozialen Einrichtungen. Die Grundlage für eine solche Förderung bildet laut Jobcenter das sogenannte „Teilhabechancengesetz“ von 2019, welches dafür sorgen soll, sogenannte „schwer Vermittelbare“ wieder in Arbeit zu bringen. Laut Jobcenter habe sich die Zahl der Arbeitslosen

in Norddeutschland insgesamt erhöht. Allerdings mit Ausnahme von Hamburg. Laut den Zahlen aus dem Januar 2022 sind in der BRD insgesamt in etwa 2,3 Millionen Arbeitslose zu vermelden, mehr als im Dezember im letzten Jahr, aber weniger als im Dezember des Vorjahres. Das hängt vor allem damit zusammen, dass viele Hilfsarbeiter nach dem Weihnachtsgeschäft einfach wieder entlassen werden. In Hamburg ist die Zahl der Arbeitslosen allerdings leicht gesunken. Im Dezember lag der Wert hier am niedrigsten, wenn man das Jahr 2021 betrachtet. Im Vergleich zum Jahr 2019, also noch vor der Pandemie, sind sehr viel weniger Jobangebote und Ausbildungsplätze zu verzeichnen.

Natürlich ist es wichtig, dass Langzeitarbeitslose wieder eine Arbeit finden, um ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Während einer weltweiten Pandemie und einer weltweiten Wirtschaftskrise kann einem die Jobsuche nach über einem Jahr sicherlich aussichtslos vorkommen. Die Arbeiter müssten sich auch mal wieder „gebraucht“ zu fühlen, wie es das Sozialministerium gerne betont. Das kratzt jedoch überhaupt noch nicht einmal an dem Problem, warum so viele Menschen überhaupt arbeitslos sind, beziehungsweise langzeitarbeitslos werden. Diese geplante Förderung schafft für kurze Zeit für eine Handvoll Menschen Abhilfe, aber wir müssen das Problem an der Wurzel packen. Der bürgerliche Staat hat ein Interesse daran, dass er seine Reservearmee an Arbeitslosen weiter aufrecht erhält, um die Arbeiter ersetzbar zu machen, um auf mögliche Ausfälle von Arbeitskraft schnell genug reagieren zu können. Jetzt, da Hamburg in der Statistik im Vergleich zu anderen Bundesländern in Frage der Langzeitarbeitslosigkeit schlecht abgeschnitten hat, werden plötzlich Gelder für Förderungen entbehrt, die suggerieren sollen, man tue doch was; die Menschen eine Weile beruhigen sollen, aber dennoch nicht ihren grundlegenden Bedarf nach einer festen Anstellung befriedigen. Die Hamburger Regierung feiert sich für ihren Einsatz für die, die es während der Pandemie besonders schwer hatten. Wenn man sich aber anschaut, wie viele Langzeitarbeitslose in ihrer Situation weiter ausharren müssen, gibt es nichts zu feiern. Anstatt mit dem vielen Geld, was die Stadt Hamburg

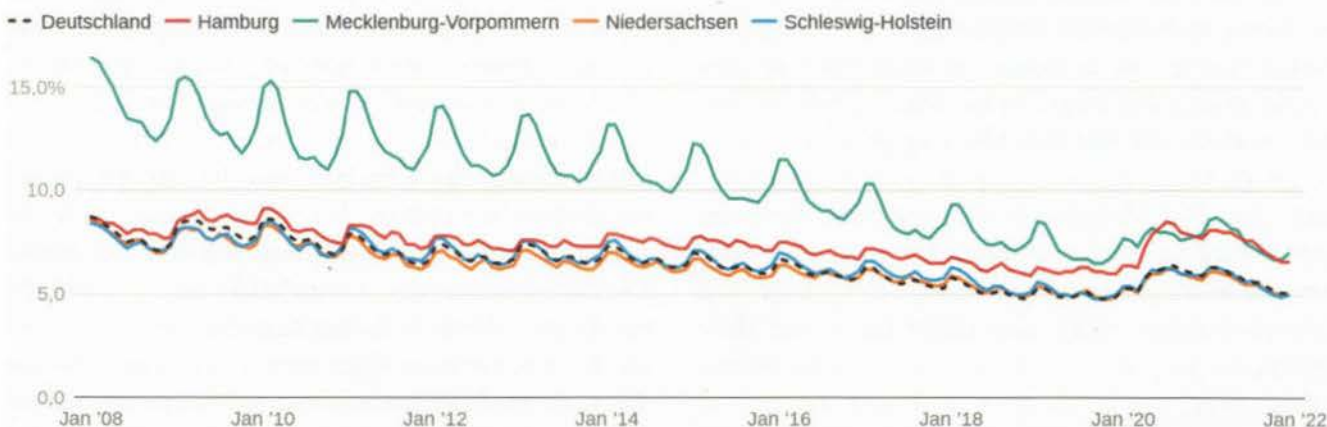
zur Verfügung hat, eine langfristige Lösung zu finden, ein Programm auszuarbeiten, welches vielen Menschen auf einmal wieder Arbeit bringt, werden pressewirksam Einzelpersonen befördert. Wenn noch mehr Leute am Förderprogramm teilnehmen, beschönigt das auch die Statistik der Arbeitslosenzahlen insgesamt in Hamburg. Denn wer teilnimmt, gilt nicht mehr als arbeitslos und eventuell täuscht ein Förderprogramm auch über die gesunkene Anzahl an Jobangeboten hinweg.

Und was wir nicht vergessen dürfen: Wir befinden uns aktuell in der Überproduktionskrise, die dieses imperialistische System hervorgebracht hat und die bereits vor Ausbruch der Pandemie absehbar war. Das bedeutet konkret, es wird Arbeitskraft vernichtet, die Leute werden massenweise rausgeschmissen oder in Kurzarbeit gesteckt, die nur dazu dient, das ganze Ausmaß der Krise und die großen Wellen der Massenentlassungen ein wenig hinauszuzögern. Eine Krise, die auf unserem Rücken abgeladen wird, wie es die letzten zwei Jahre zeigten. Die Sozialsenatorin Leonhard betont, wie gütig und arbeiterfreundlich solche Maßnahmen doch seien, aber in der Realität wird sie einfach diejenigen aus ihrer Statistik los, die seit „Corona“ kein Job mehr finden können. Die herrschende Klasse hat uns bisher noch nie etwas geschenkt, alle Rechte und Freiheiten musste sich die Arbeiterklasse hart erkämpfen. Die bürgerlichen Politiker schachern mit unserer schlechten Situation,

wir sollen uns zufrieden geben mit den kleinen Veränderungen, mit den Krümeln vom dicken fetten Kuchen, den sie sich einverleiben, die der Staatshaushalt gerade noch so her gibt. Auch der Weg aus der Langzeitarbeitslosigkeit kann kompliziert sein, aber lassen wir uns nicht blenden von den Versprechungen der herrschenden Klasse. Sie wollen uns eine „Perspektive“ geben, für irgendwann nach der Krise, die nie wieder sein wird, wie es mal war und für uns mit Sicherheit keine rosige Perspektive ist. Die einzige Perspektive, die unsere Klasse aber hat, ist der Kampf für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, so wie es Abertausende unserer Klassenbrüder und Klassenschwestern überall auf der Welt Tag für Tag aufs neue zeigen. Sie zeigen uns, dass es nicht einfach „nach der Krise“ so weiter gehen kann, wie bisher, dass sie nicht mehr so weiter machen wollen, wie bisher. Dafür müssen wir uns auch hier vereinen, egal ob mit oder ohne Job, denn vereint sind wir dadurch, dass uns dieses System ausbeutet und dadurch, dass die Zukunft für uns etwas besseres bereithält. •

Arbeitslosenquote im Norden seit 2008

Arbeitslosenquote pro Monat seit 2008



Stand: 06.01.2022, 14:20 Uhr

Grafik: NDR Data • Quelle: Bundesagentur für Arbeit • [Daten herunterladen](#)

MASSENENTLASSUNGEN UND AUSBEUTUNG BEI AMAZON – STIMMEN AUS DEM WERK



Amazon in Achim

In Achim vor den Toren Bremens eröffnete der US-Konzern Amazon im Mai 2021 sein neues Werk. Mit über 2000 Angestellten wurde Amazon so zu einem der größten und wichtigsten Arbeitgeber in der Bremen und umzu. Vor allem zur Weihnachtszeit gibt es Jahr für Jahr viel zu tun beim Onlineversandriesen, was dazu führte, dass Amazon in Achim rund 800 neue Mitarbeiter einstellte. Zum Jahreswechsel sorgte der Konzern dann für Schlagzeilen in den Lokalmedien. Große Teile der gerade erst neu eingestellten Arbeiter sollten schon wieder rausschmissen werden. Schon am 23. Dezember, also einen Tag vor Weihnachten, wurde gegenüber einigen Arbeitern angekündigt, dass sie im neuen Jahr wieder ohne Job dastehen würden. Eine Praxis, die sogar in der bürgerlichen Presse und bei den Gewerkschaften für Kritik sorgte. Dabei fängt das Problem schon viel früher an und nicht erst bei den Kündigungen. Wir waren beim Werk und haben mit den Arbeitern über die Situation gesprochen.

Dass die 800 Arbeiter nicht besonders lang im Betrieb bleiben würden, ist keine Überraschung, wenn man die Kollegen bei Amazon in Achim fragt. Ein Amazon-Arbeiter sagte uns gegenüber dazu Mitte Januar:

„Ich weiß nicht, wie viele mittlerweile gehen mussten. Ich sitz ja nicht da oben, aber es ist schon spürbar leerer. Man merkt auch, dass die Arbeit einfach mehr wird,

weil so viele gehen mussten. Für uns ist die Weihnachtszeit ja immer noch nicht vorbei, weil immer noch Sachen verschickt werden, die schon zu Weihnachten bestellt wurden. Aber es ist ja auch so, dass viele gar nicht gefeuert wurden. Die meisten bekommen ja nur kurze Zeitverträge, die dann nicht verlängert werden. Das ist immer so, aber jetzt nach Weihnachten ist das schon besonders spürbar.“

Eine andere Arbeiterin von Amazon bestätigte das und sagte:

„Das schlimme ist ja, dass die Verträge immer so kurz sind und dann nicht verlängert werden. Keine Ahnung, wie viele schon rausgeworfen wurden. Aber dass das überhaupt erlaubt ist, solche Verträge zu machen, ist schon eine riesige Schweinerei. Ich hatte nochmal Glück und hab jetzt einen Vertrag bis Dezember bekommen. Dann geht das ganze wieder von vorne los.“

Diese Praxis von Verträgen mit kurzen Laufzeiten ist vollkommen gängig bei Amazon, wie auch die Arbeiter, mit denen wir gesprochen haben, bestätigen. Der Konzern versucht so, vor allem seine Flexibilität zu wahren. Wenn er Leute braucht, stellt er schnell welche ein, wenn weniger zu tun ist, feuert er alle, deren Arbeitskraft nicht mehr gebraucht wird, oder verlängert eben die Verträge nicht. So bindet sich der Konzern nicht an irgendwelche Verträge, die für ihn nur lästig werden könnten. Dazu spart sich Amazon

die zusätzlichen „Rechte“, die man bekommt, wenn man lange in einem Betrieb arbeitet. Ausbaden müssen das natürlich die Arbeiter, die häufig nach wenigen Monaten wieder arbeitslos sind. Dass diese Praxis überhaupt legal ist, zeigt, dass der deutsche Staat nicht den Arbeitern dient.

Dass das Vergeben von auf kurze Zeit befristete Verträge nicht nur ein Phänomen der Weihnachtszeit ist, zeigen auch die Aussagen zweier junger Männer, mit denen wir direkt nach ihrem Vorstellungsgespräch redeten. So sagte der eine:

„Ich hab gerade mein Vorstellungsgespräch gehabt und meinen Vertrag unterschrieben. Sie sagten, sie könnten mir nur einen auf zwei Monate befristeten Vertrag anbieten. Ich sagte, ich will gern einen längeren haben, aber sie meinten, das geht nicht. Ich habe schon mal bei Amazon in Kiel gearbeitet und wohne jetzt in Bremen. In Kiel wurde das genau so gemacht und am schlimmsten war es dann an Weihnachten.“

Der andere junge Mann, der gerade vom Bewerbungsgespräch kam, sagte:

Ich arbeite noch gar nicht hier, hab aber heute meinen Vertrag unterschrieben. Ich habe einen gekriegt, der auf ein halbes Jahr befristet ist. Ich glaube, das ist sogar ganz gut, weil es gibt auch noch kürzere mit zwei oder drei Monaten Laufzeit. (...) Mal gucken, wie das hier wird, ich glaube nicht so gut. Man hört ja viel Schlechtes über Amazon hier. Aber ich habe auch keine Wahl. Ich spreche nur Spanisch und ein bisschen Englisch und hab sonst nichts gefunden in Bremen. Wenn man kein Deutsch spricht, dann kann man nur solche Arbeit machen in irgendwelchen Fabriken oder so die einfach schlecht ist.“

Was der junge Mann sagt, zeigt auch ein Blick auf die Belegschaft von Amazon. Die meisten Arbeiter kommen aus unterdrückten Nationen und Viele sprechen kein Deutsch. Auch wir haben unsere Interviews mit vielen auf Englisch geführt. Die Menschen, die wegen Krieg, Hunger oder anderem Elend ihre Länder verlassen haben, werden hier in der BRD in der Regel am meisten ausgebeutet. Es sind meistens die migrantischen Arbeiter, die in den schlechtesten Jobs arbeiten. Die meisten haben keine andere Wahl, als bei Konzernen wie Amazon zu arbeiten, weil sie keine besseren Jobs bekommen. Die Bourgeoisie nutzt diese Lage schamlos aus und lässt die Drecksarbeit von den migrantischen Kollegen

machen, deren Lage in ihren Heimatländern noch viel schlechter ist. Ein etwas älterer Kollege, der nach langer Zeit der Arbeitslosigkeit bei Amazon wieder einen Job gefunden hat, sagte uns dazu:

„Es gibt immer diejenigen, die die Scheißarbeit machen müssen. Niemand zwingt einen, hier zu arbeiten, man sieht aber, dass das dann vor allem die Ausländer sind, die kein Deutsch Sprechen und die nichts anderes finden. Die Leute brauchen Arbeit und nehmen dann, was sie kriegen. (...) Ich hab selber vorher schon 13 Jahren für DPD Pakete ausgefahren und das war auch schon Scheiße, aber hier ist nochmal doller. Die Unternehmen sind halt so und machen das halt so. Trotzdem muss man das ja nicht gut finden und man sollte sich schon gar nicht alles gefallen lassen.“

Amazon selbst scheint sich sehr darum zu bemühen, dass die schlechten Arbeitsbedingungen und alles, was noch so hinter verschlossenen Werkstoren passiert, nicht nach außen dringt. Schon kurz, nachdem wir am Werk angekommen und mit den ersten Kollegen ins Gespräch gekommen waren, hatten wir den Sicherheitsdienst am Hals. Dieser wollte uns weis machen, das es illegal sei, auf dem Amazon-Gelände Interviews zu führen und verwies darauf, dass wir uns doch bitte an die Presseabteilung richten sollen. Laut Securitys dürften die Arbeiter sowieso nicht mit uns über ihre Situation reden und schnell drohten sie damit, die Polizei zu rufen und erteilten uns einen Platzverweis vom Gelände. Die umstehenden Arbeiter ließen sich allerdings nicht abschrecken und sprachen mit uns viel und gern über ihre Situation.

Wir sehen, dass die Kündigungen nach Weihnachten nur die Spitze des Eisbergs sind. Das ganze Jahr über stellt Amazon Arbeiter ein und schmeißt sie zwei oder drei Monate später wieder raus. Der Kollege, den wir als letztes zitiert haben, hat aber vollkommen Recht, wenn er sagt, dass wir uns das nicht alles gefallen lassen sollten. Denn was wir machen können, ist uns gemeinsam gegen schlechte Arbeitsbedingungen, Schikane auf der Arbeit oder niedrigen Lohn zu wehren. Gemeinsam sind wir als Arbeiter stark, völlig egal, woher wir kommen und welche Sprache wir sprechen; uns vereint, dass wir von Konzernen wie Amazon ausgebeutet werden. Wir stehen jeden Tag zusammen im Werk, warum sollten wir nicht auch gemeinsam kämpfen, wenn es darum geht, unsere Situation zu verbessern? •

LANDESREGIERUNG VERABSCHIEDET VERSAMMLUNGSGESETZ

Am 15. Dezember wurde das Versammlungsgesetz im Landtag von Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen von CDU und FDP im Hauruckverfahren verabschiedet. Denn lange Zeit hat der Gesetzesvorschlag für öffentliche Diskussionen gesorgt, doch in einen Moment, in dem alle über die neuen Corona-Maßnahmen sprechen, schien es der Landesregierung opportun, ohne großes Aufsehen das Gesetz durchzupeitschen. Damit bekommt das Land NRW jetzt sein eigenes Versammlungsgesetz und folgt damit Bundesländern wie Berlin. Das Versammlungsgesetz soll so offiziell die Landesregierung das Veranstalten von öffentlichen Versammlungen erleichtern, doch wenn man sich Länder anschaut, in denen es ebenfalls ein Versammlungsgesetz gibt, wird deutlich, dass dieses benutzt wird, um die Versammlungsfreiheit nach Bedarf auszuhebeln.

Das Gesetz in NRW geht dabei viel weiter und hat dadurch eine große Protestbewegung ausgelöst, die von weiten Teilen des Volkes getragen wurde. Gewerkschaften, Fußballfans, Revolutionäre und weitere fortschrittliche Kräfte schlossen sich zusammen und führten den Kampf gemeinsam gegen das Gesetz. Im Laufe des Jahres wurden immer wieder zentrale Demonstrationen in Düsseldorf und Köln mit mehreren Tausend Leuten

organisiert, oder in ganz NRW zu bestimmten Tagen zu Aktionen aufgerufen. Im ganzen Bundesland wurden Flugblätter verteilt, Malungen durchgeführt oder Plakate geklebt. Es bildeten sich lokale wie NRW-weite Bündnisse gegen dieses Gesetz. Mit dem Ergebnis, dass das Gesetz viel später als geplant verabschiedet wurde und noch nicht in Kraft getreten ist. Immer wieder wurde im Innenausschuss darüber debattiert und der Innenminister Herbert Reul musste sich für die brutalen Polizeiangriffe rechtfertigen. Um sich aus der Affäre zu ziehen, setzte Reul bewusst auf Falschinformationen und Lügen. So erzählte Reul, dass Polizisten angegriffen wurden, womit er die Prügelorgie bei einer Großdemonstration im Juni rechtfertigte. Dabei gingen die Bullen so weit, einen Demonstrationsteilnehmer in eine Tiefgarage zu zerren und ihn zu viert verprügeln. Anwälten, Journalisten, Freunden und auch medizinischer Hilfe wurde der Zugang verwehrt. Niemand sollte mitbekommen, dass Demonstrationsteilnehmer misshandelt werden. Konsequenzen für Reul oder die eingesetzten Beamten gab es nicht.

Konsequenzen wird es mit dem Gesetz aber für Organisatoren geben, vor allem für Organisatoren von antifaschistischen Protest. Denn das Gesetz sieht vor, dass der Name der Anmelder öffentlich auf Flyer und Plakaten zu sehen ist. Für Faschisten

ist das ein gefundenes Fressen, um Antifaschisten noch mehr zu bedrohen und einzuschüchtern. Die Befürchtung vieler ist, dass die Verfolgung von Antifaschisten dadurch weiter zunehmen wird. Für Herbert Reul, der sich als Feind von jeden „Extremismus“ versteht, ist das kein Problem. Ein weiteres Hindernis für Organisatoren ist, dass die Polizeibehörden die Befugnis erhalten, Anmelder und Ordner



Aktion bei einer der Großdemonstrationen gegen das Versammlungsgesetz in Köln

von Demonstrationen abzulehnen, wenn diese „ungeeignet sind“. Wie das bestimmt wird, liegt im Ermessen der Polizei und öffnet so Tür und Tor für Willkür. Organisatoren können so in Zukunft vor dem Problem stehen, die Auflagen der Polizei nicht erfüllen zu können, was bedeutet, die Versammlungen dürfen nicht stattfinden. Dadurch erhalten Polizeibehörden die Möglichkeit, Demonstrationen durch Auflagen unmöglich zu machen, indem sie die Ordner einfach ablehnen.

Aber auch die Überwachungsmöglichkeiten werden massiv ausgebaut, indem der Polizei erlaubt wird, Vorfeldkontrollen durchzuführen und dazu Kontrollpunkte einzurichten, dass man in einem Zelt durchsucht werden kann. Dazu kommt die Möglichkeit, dass die Polizei in Zukunft mit Drohnen Übersichtsaufnahmen aufnehmen kann, dazu muss sie nur den Versammlungsleiter informieren.

Neben den steigenden Überwachungsmöglichkeiten bekommt die Polizei noch eine Reihe an Sonderbefugnissen, wie die Möglichkeit, Personen oder Gruppen von Versammlungen auszuschließen. Ausgeschlossene Personen fallen nicht mehr unter das Versammlungsrecht und können mit Gewalt aus der Demonstration gezogen werden, da sie Landfriedensbruch begehen. Dieses Vorgehen haben die Bullen auch schon während der Proteste gegen das Versammlungsgesetz im Juli in Düsseldorf angewendet. Was zeigt, dass die Bullen nicht auf das Parlament warten, sondern schon handeln, als ob das Gesetz bereits da wäre. Auch da gab es für die Bullen keinerlei Konsequenzen.

Um Teilnehmer auszuschließen zu können, wurden in das Versammlungsgesetz ein paar Gummiparagraphen eingebaut. So zum Beispiel das „Gewalt- und Einschüchterungsverbot“. Der Paragraph, der im ersten Entwurf als „Militanzverbot“ bezeichnet wurde, dient der Polizei als Rechtfertigung, um Demonstrationsteilnehmer, die durch gleiche oder ähnliche Kleidung auffallen, aus der Demonstration ausschließen zu können. Angeblich soll solch ein Auftreten Gewaltbereitschaft ausdrücken und Außenstehende einschüchtern. Wen das auch betreffen kann, sind Teilnehmer von Gewerkschaftsdemonstrationen, die in Arbeitskleidung oder in Warnwesten zu den Kundgebungen kommen. Reul versichert, dass nach der Bearbeitung durch den

Innenausschuss dieses Missverständnis ausgeräumt sei und Gewerkschafter sowie Fußballfans von diesem Gesetz ausgenommen seien. Dass das Gesetz trotzdem auf diese Gruppen angewendet werden kann, liegt vor allem daran, dass dieser Paragraph mit Absicht schwammig geschrieben wurde.

Im Allgemeinen kann man sagen, dass der Innenausschuss nur ein paar Schönheitsfehler korrigiert hat. Der Kern des Gesetzes ist der gleiche geblieben und soll dafür sorgen, dass der Staat mehr Handhabe hat, Proteste klein zu halten. Auch wenn sich die Grünen und die SPD im Parlament gegen das Gesetz gestellt haben, wurde es ohne Widerstand durch den Innenausschuss gewunken. Denn am Ende des Tages sind sich alle Parteien in einem Punkt einig; was der Staat braucht, ist eine Möglichkeit, die Rechte seiner Bevölkerung weiter einzuschränken. Die gesellschaftlichen Widersprüche verschärfen sich. Auf der einen Seite steht ein immer größer werdender Teil der Gesellschaft, der mit seinem Lohn es immer schwerer hat, über die Runden zu kommen und nicht weiß, wie er seine Rechnungen zahlen soll. Auf der anderen Seite steht ein Staat, der die Probleme des großen Teils der Gesellschaft nicht lösen kann und will, sondern die Interessen eines kleinen Teils der Gesellschaft, der Bourgeoisie, durchsetzt.

Um dieser Entwicklung und ihren Konsequenzen Stand halten zu können, rüstet der Staat auf, in dem er die Polizei mit neuen Befugnissen ausstattet und die Versammlungsfreiheit einschränkt. Er weiß, dass öffentliche Versammlungen Orte sind, an denen sich Menschen, vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, politisieren und organisieren, und das nicht immer in dem vom Staat vorgegebenen engen Rahmen. Deshalb sollen unliebsame Demonstrationen verboten werden, während Demonstrationen, die der staatlichen Autorität treu sind, weiterhin laufen können. Ziel ist es, Versammlungen, und damit auch den Unmut der Versammlungsteilnehmer auf die vielen Probleme in der Gesellschaft, in staatlich annehmbare Bahnen zu lenken. *

WIE SCHWARZFAHRER ZU KRIMINELLEN GEMACHT WERDEN



Am 29. November berichtete die Internetseite *freiburg-nachrichten.de*, dass ein 22-jähriger Mann aufgrund einer unbezahlten Geldstrafe wegen Schwarzfahrens zu einer Ersatzfreiheitsstrafe von 125 Tagen verurteilt wurde. Der Betrag, welcher der Betroffene der Freiburger Verkehrs AG (VAG) schuldet, beträgt 3000 Euro. Eine Summe, die es aus der Sicht des bürgerlichen Staates scheinbar rechtfertigt, einen Menschen vier Monate lang einzusperren.

Als Kind denkt man, dass das Gefängnis ein Ort wäre, wo gefährliche Verbrecher eingesperrt wären, um die Gesellschaft vor ihnen zu schützen. Aber wenn man sich dann die Realität anschaut, sieht man, dass das „Verbrechen“ vieler Gefangener oft darin besteht, arm zu sein und sich die überkauften Tickets für die Straßenbahnen nicht mehr leisten zu können. Die Verkommenheit dieses Systems zeigt sich in solchen Beispielen sehr deutlich, denn auf der einen Seite reden die Herrschenden in diesem Staat immer wieder von den Menschenrechten und der ach so wichtigen Würde des Menschen, aber gleichzeitig wird auf diese

Rechte und die Würde gespuhkt. Du hast Rechte und Würde, wenn du Geld hast. Wenn du dir ohne Probleme dein Ticket für die Straßenbahn leisten kannst, wenn du beim Einkaufen nicht jeden Cent zweimal umdrehen musst, wenn du dir keine Sorgen darüber machen musst, wie du den Rest des Monats über die Runden kommen sollst. Aber wenn du kein Geld hast, dann zählt dein Leben in den Augen dieses kranken Systems nichts.

Am 06. Dezember berichtete die Badische Zeitung auch von einem obdachlosen Mann, der wegen Schwarzfahrens von einem Gericht zu einer zwei-monatigen Haftstrafe verurteilt wurde, die dann allerdings zur Bewährung ausgesetzt wurde. Wenn er in den Knast eingefahren wäre, hätte er seinen Hund weggenommen bekommen, was gerade für obdachlose Menschen, die oft bereits verschiedenste psychische Probleme haben, eine weitere große Belastung bedeutet. Die ganze Situation wird von dem Medienblatt so dargestellt, als ob der Staat als gütiger Samariter dem armen Obdachlosen Straftäter gütig Gnade gewährt, damit er seinen Hund behalten kann.

Doch wie ekelhaft ist es erst, dass eine solche Situation entsteht, wo zur Debatte steht, dass einem Menschen, einfach weil er kein Geld für ein Ticket hat, das Leben zerstört wird? Und wie pervers ist es erst, es noch als ein Akt der Güte darzustellen, wenn die Haftstrafe nicht vollstreckt wird?

Laut dem statistischen Bundesamt saßen – Stand 30. Juni – 3.400 Leute wegen Fahren ohne Ticket im Knast. Das Krasse daran ist nicht, dass dieser Wert so hoch ist, sondern, dass dieser im Vergleich zu den letzten Jahren tatsächlich unterdurchschnittlich ist. So ergaben die Stichtagserhebungen zwischen 2014 und 2019 niemals einen Wert unter 4.000. 4.000 Menschen, die eingesperrt waren, einfach weil sie ihre Strafen für das Schwarzfahren nicht zahlen konnten. Die bürgerliche Zeitung Taz schreibt, dass jährlich circa 7.000 Menschen Haftstrafen wegen Erschleichen von Leistungen absitzen müssen. Klar, die meisten Leute fahren schwarz, weil sie einfach nicht genügend Geld für die Tickets haben. Wenn man einen mies bezahlten Job hat, das meiste Geld für die Wohnung, Strom, Heizung etc. ausgibt und auch noch irgendwie Lebensmittel kaufen muss, hat man mal nicht eben so Geld für ein 60 Euro teures Monatsticket. Aber wie kann es sein, dass die Preise für öffentliche Verkehrsmittel so unglaublich teuer sind? Die Antwort ist einfach. Die Unternehmen, welchen die Verkehrsmittel gehören, wollen Profite machen, und der Staat unterstützt sie natürlich mit ganzem Herzen dabei. In dieser Gesellschaft geht es sich eben nicht um den Menschen, sondern um Geld. Darum werden unseren Leuten, die kein Geld haben, einfach die Rechte genommen.

Deswegen sollten wir alle auf diesen Staat und auf dieses ganze System spucken. Jedes Mal, wenn irgendein bonziger Politiker uns erzählt, dass dieser Staat auf der Seite des Volkes und der Werkstätigen ist, ist es eine Lüge. Der Staat dient den Reichen, nicht den Werkstätigen. Doch ist dies hier nicht das Ende der Geschichte, denn eine andere Welt ist möglich, eine Gesellschaft ohne arm und reich. Eine Gesellschaft die uns gehört, uns den Arbeitern. Eine solche Gesellschaft gab es schon mal. 1917 bis 1953 in der Sowjetunion und 1949 bis 1976 in der Volksrepublik China. Dort lag die Macht nicht in den Händen der Banken und Unternehmen, sondern über Räte und Volkskomitees in den Händen der Werkstätigen. Öffentliche

Verkehrsmittel, genauso wie Fabriken, Farmen usw. galten als Eigentum des Volkes und wurden nach dem Interesse der Menschen eingesetzt. Dementsprechend war die Nutzung von Verkehrsmitteln meist kostenlos oder sehr billig, sodass sich dies auch jeder locker leisten konnte. Und selbstverständlich wurde dort auch niemand eingesperrt, weil er kein Geld für ein notwendiges Zugticket hatte. Generell war das ganze Justizsystem in diesen Ländern nicht darauf ausgerichtet, Leute zu schikanieren und zu bestrafen, sondern darauf, Menschen, die Handlungen gegen das Volk begangen haben, umzuerziehen und wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Mit einem einfachen Beispiel zusammengefasst kann man es so sagen: Ein Drogensüchtiger Krimineller hatte dort Hilfe bekommen, um von den Drogen loszukommen, sein Leben wieder unter Kontrolle zu kriegen und seinen Beitrag zum Vorankommen der Gesellschaft zu leisten. Ein Drogensüchtiger Krimineller in Deutschland wird zur Strafe in den Knast gesteckt, wo er meistens immer noch an Drogen herankommt, und nach seiner Entlassung hat er genau dieselben Probleme wie vorher und ist auch immer noch süchtig.

Es bleibt abschließend zu sagen, dass dieser Staat natürlich ungerecht ist. Dass dieses ganze System den Reichen gehört und nur dafür da ist, uns auszubeuten und zu unterdrücken. Es bleibt aber auch zu sagen, dass wir uns damit nicht abfinden müssen, denn die herrschende Ordnung ist nicht in Stein gemeißelt, sondern sie ist auf Sand gebaut. •

Wer nicht zahlen kann, wird eingesperrt

Anzahl der Menschen, die wegen einer Ersatzfreiheitsstrafe im Gefängnis sitzen*



* geschlossener und offener Vollzug
Quelle: Statistisches Bundesamt

„BITCHES BRAUCHEN RAP“?

Hip Hop entstand Anfang der 70'er in den Ghettos von Harlem in New York City, als Teil des Kampfes des Volkes gegen die herrschende Klasse, im Ursprung vor allem der Afroamerikaner, die in diesen Ghettos lebten. Die ersten Frauen, die sich in dieser sehr männlich dominierten Szene durchsetzen, nutzten den Rap auch als Instrument im Kampf gegen ihre spezielle Unterdrückung durch das Patriarchat und zeigten eine zwar bürgerliche, aber dennoch feministische Grundhaltung, in der also tatsächlich eine Gleichstellung von Männern und Frauen dargestellt wurde.

Anfang der 80'er begann sich die Musikindustrie vermehrt für Hip Hop zu interessieren, und Anfang der 90'er hat sich Hip Hop international etabliert und ist bis heute, vor allem für die Jugend, die wohl relevanteste Kulturform. Mit der Kommerzialisierung des Hip Hops hat sich dieser mehr und mehr von seinem Ursprung entfernt, die Ideen wurden zunehmend abstrakter dargestellt, bis hin zu ihrer vollkommenen Verwirrung, dass es bald nicht mehr darum ging, sich gegen die Herrschenden zu wehren, sondern viel mehr propagiert wird, dass, wenn man aus dem Ghetto kommt, man nur genug Arschloch sein muss, um selbst „Para machen“ zu können. Eine solche Verwirrung ist ebenso im „female Rap“ zu beobachten. Frauen, die selbst rappten, waren lange eher ein Randphänomen im Hip Hop, auch wenn sie in Text und Video häufig sehr präsent waren, spätestens mit der Etablierung des Gangster Raps Mitte der 80er Jahre, welcher ein Drogenboss- und Zuhälterdasein im großen Stil abfeiert, wozu es essenziell scheint, auch ein extrem patriarchales Frauenbild zu vermitteln.

Wichtige Beispiele für erste Rapperinnen, welche tatsächlich eine grundlegend feministische Haltung verkörperten, waren Ende der 80'er unter anderem Queen Latifah oder bald darauf Salt'n'Pepa, auch wenn es bei Salt'n'Pepa bereits Ansätze gibt, den Fokus bei der eigenen Inszenierung primär auf die weibliche Sexualität zu setzen. Diese Tendenz verfestigt sich Anfang der 2000er mit Lil' Kim, die sich in Inhalt und Form nahezu darauf beschränkte, ein sexuelles Wesen zu sein und damit extrem erfolgreich war und z.B. mit *Magic Stick* (feat. 50 Cent) als erste Frau die Spitze der US-Billboard Hot Rap Tracks erreichte. Auch wenn Rapperinnen wie Missy Elliott sich bereits

vor ihr „Bitch“ genannt und dies als Selbstbewusstsein bezeichnet haben, hat auch besonders Lil' Kim diese Idee weiter popularisiert. Begriffe wie „Bitch“, „Hoe“ usw., welche vor allem auch im Gangster Rap gerne benutzt werden, um „Gegenstände, die man ficken und dann entsorgen“ kann zu beschreiben, sich „zurück zu nehmen und sie positiv besetzten“ zu wollen, ist genauso absurd wie falsch, denn Sprache schafft keine Realität.

Genauso, wie sich die Tatsache zunutze zu machen, dass „geile“ Frauenkörper sich gut verkaufen lassen, von recht durchtriebenem Geschäftssinn zeugt – nicht anders als bei den männlichen Kollegen auch –, wird dies aber als feministisch bezeichnet, weil man zu seinem durchoperierten Körper stehe. Das ist pure Heuchelei. Dennoch gab der Erfolg dieser Form des „female Raps“ ihnen „Recht“, und alle, die danach kamen, um erfolgreich zu sein, wie z.B. Nicki Minaj, Cardi B und Megan Thee Stallion, mussten dieses Auftreten und Aussehen grundsätzlich nur noch perfektionieren, bzw. auf die Spitze treiben. Sodass man sich nach jedem neuen Musikvideo wundert, wie dies in Frage der Größe der Ärsche, dem Mangel an Kleidung und der Anstößigkeit der Texte beim nächsten Mal noch zu überbieten ist. Das heißt, diese Frauen reduzieren ihre ganze Existenz darauf, dass sie „geil“ aussehen und unglaublich sexuell aktiv sind. Und das wird dann von manchen als selbstbestimmt und feministisch gefeiert. Auch in Deutschland wollen natürlich immer mehr Frauen nach diesem Vorbild Karriere machen. Das erfolgreichste Beispiel dieser Art ist momentan Shirin David. Sie hat gerade ihr zweites Album „Bitches brauchen Rap“ veröffentlicht und knackt damit Rekorde wie keine ihrer Vorgängerinnen aus Deutschland. In ihrem ersten Album „Supersize“ hat sie sich vor allem darauf konzentriert, ihren Körper in teuren Markenklamotten zu präsentieren und klarzustellen, dass sie deswegen eine selbstbestimmte „Bitch“ sei. Mit dem Hype musste sie aber auch viel Kritik ernten, da sie technisch nicht besonders gut sei, was dank Autotune heute niemand mehr sein muss, allerdings wirft man ihr im Speziellen vor, dass sie vorher bereits anderweitig Karriere gemacht hat und nur Rap macht, um den Goldesel weiter zu melken, und auch keinen ihrer Songs selber schreibe; zudem gebe sie ein schlechtes Vorbild ab, vor allem, da sie ursprünglich aus der Youtube-Szene komme, die sich

bekanntlich sehr junger Zuschauer erfreue. So weit, so richtig, auch wenn diese Vorwürfe größtenteils generell auf heutigen Deutschrap zutreffen. In ihrem neuen Album möchte sie nun allen „Hatern“ den Wind aus den Segeln nehmen, indem sie mehrfach betont, dass sie immer dazu gestanden habe, dass ihre Musik „Teamwork“ sei, sie dennoch früh eine musikalische Ausbildung erhalten habe, und – wie es im Hip Hop mittlerweile fast schon zum guten Ton dazu gehört – selbst auch aus dem Hamburger Viertel Bramfeld komme und in ärmsten Verhältnissen aufgewachsen sei. Des Weiteren bemüht sie sich über das gesamte Album, ihre vermeintlich feministische Idee irgendwie zu verteidigen. In ihrem Song „Ich darf das“ z.B. will sie deutlich machen, dass sie sich vom alten Rollenbild emanzipiert habe, mit Lines wie *„Bitch, ich bin kein Housewife – Werfe ihm mein Höschen zu, so schmeiße ich den Haushalt“* oder auch im Refrain:

*„Ob ich darf? Ja, ich darf das – pech
Ob ichs mach? Ja, ich mach das – echt
Ob ichs hab? Ja, ich hab das – Recht
Immer zu tun und zu lassen, was ich will, yeah.“*

Was also auch hier in Video und Text sehr deutlich vermittelt wird, ist statt der tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Rechten und Pflichten, dass die Frau ihre Emanzipation erlange, in dem sie ihre Sexualität als ihre hauptsächliche Qualifikation annehme, und je mehr sie diese Qualifikation zu optimieren wisse, desto erfolgreicher werde sie sein und desto mehr werde sie in der Position sein, sich genauso verantwortungslos und respektlos verhalten zu können, wie Männer es in dieser patriarchalen Gesellschaft können. In einer anderen Line heißt es: *„Selbst, wenn du einen kleinen Arsch hast, Shake Booty, Babygirl, denn du darfst das“*, demnach ist man mit einem kleinen Arsch also weniger Frau, bzw. ein Babygirl, aber tolerant, wie Shirin ist, kann sie über diesen „Makel“ hinweg sehen und erlaubt einem, trotzdem bei den „richtigen“ Frauen beim „Booty shaken“ mit zu machen. Damit wird suggeriert, dass der Körper einer Shirin David, von dem man nur ahnen kann wie viel er gekostet hat, um dieses unrealistische Bild eines Männertraums zu werden, von großen Brüsten, riesigem, glatten Arsch, Wespentaille und schlanken Beinen, nicht nur erstrebenswert ist, wenn man erfolgreich sein will, sondern der Norm eines Frauenkörpers entsprechen würde.

Dies sind nur wenige Beispiele von einigen Rapperinnen, die ein sehr falsches Verständnis von Feminismus verbreiten, welches aus dem kommerzialisierten Hip Hop der Yankees stammt, die sich mehr oder weniger stark ausgeprägt, aber bei allen erfolgreicheren Frauen im Hip Hop wiederfinden lassen. Wenn man sich bewusst macht, was für einen Einfluss Hip Hop die letzten Jahrzehnte gehabt hat, ist logisch, dass diese Einflüsse auch am Denken von vielen von uns nicht spurlos vorbei gegangen sind. Und natürlich geht es nicht darum, dass es einen zur besseren Feministin macht, wenn man sich gar nicht für sein Äußeres interessiert, sein Leben lang nur einen Sexpartner hat oder gar in Keuschheit lebt, genau wie diese Dinge Männer nicht zu patriarchalen Schweinen machen, sondern darum, dass diese Dinge weder das Dasein einer Frau noch das eines Mannes bestimmen. Um das Patriarchat tatsächlich zu zerschlagen, müssen Frauen Schwestern in Waffen sein, mit gleichen Rechten aber auch Pflichten, keine „Bitches“. Dafür braucht es eine proletarische Frauenbewegung, denn dass Patriarchat lässt sich nicht im Imperialismus einfach abschaffen. Der Versuch kann, wie sich anhand des Beispiels Hip Hop gezeigt hat, nur eine trügerische Illusion des Fortschritts schaffen. Die Hip Hop Kultur in ihrem Ursprung, die aus dem Volk und für das Volk entstanden ist, ist natürlich nicht Ursache der Degeneration, sondern Leidtragende, daher ist es auch höchste Zeit für mehr proletarischen Hip Hop. •



Keine Feministin: Shirin David

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM FEBRUAR

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Freiburger revolutionäre Studiengruppe |
fr-rev-studiengruppe@tutanota.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfs.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Der irische Starry Plough (Sternenpflug) und das Hammer und Sichel nebeneinander auf der diesjährigen Lenin-Lieb-knecht-Luxemburg-Demonstration in Berlin

**ROTE
POST** 